

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Rigaer Straße 94: Geltendes Recht durchsetzen, Gefahr für Leib und Leben abwenden

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, im Rahmen seiner Bezirksaufsicht unverzüglich die in Medien am 29. September 2020 erhobenen Vorwürfe der vorsätzlichen Missachtung von Brandschutzmängeln in der Rigaer Straße 94 durch die politischen Verantwortungsträger des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg aufzuklären, etwaige rechtswidrige bezirkliche Anordnungen rückgängig zu machen und sicherzustellen, dass geltende Brandschutzmaßnahmen in dem betreffenden Wohnobjekt ordnungsgemäß durchgeführt werden können. Bei der Umsetzung der Brandschutzmaßnahmen ist polizeilicher Schutz gegen zu erwartende Gewalttätigkeiten von Seiten der Besetzer oder ihrem Umfeld zu gewähren.

Begründung

Wie durch Medienberichte jetzt bekannt wurde, hat der grüne Baustadtrat Schmidt jahrelang bewusst verhindert, dass geltende Brandschutzmaßnahmen in dem teilweise besetzten Haus in der Rigaer Straße 94 im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg durchgesetzt wurden. Per Weisung soll Stadtrat Schmidt dagegen vorgegangen sein, dass schwere Türen und andere Baumaßnahmen der linksextremen Szene in dem Haus beseitigt wurden. Er ignorierte damit offenbar, dass neben dem Bauamt auch die Polizei den Zustand im Gebäude seit vier Jahren für untragbar hält. Bereits im Februar 2016 schrieb die Polizei in einem Brief an Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann, dass "bauliche Veränderungen" den Zutritt für "adhoc einzusetzende Rettungskräfte erheblich" quasi unmöglich machen würden.

Dennoch erteilte Baustadtrat Schmidt offenbar am 21. Juli 2017 und am 18. November 2019 Anweisungen, keine weiteren Schritte wegen "brandschutztechnischer Mängel" einzuleiten und „bauordnungsrechtliche Maßnahmen bis auf weiteres zu unterlassen“. Herr Schmidt begründete sein Vorgehen laut den Medienberichten mit einer „politischen Entscheidung des Bezirks“. Der Baustadtrat handelt damit rechtswidrig und gefährdet seit Jahren Menschenleben.

Die Akteneinsichtnahme seitens der CDU-Fraktion hat ergeben, dass seit spätestens 2017 auch der Innensenator die Mängel in der Rigaer Straße 94 kannte. Herr Geisel wusste auch von der Weigerung des überwiegend von den Grünen geführten Bezirksamts, den Brandschutz in dem Gebäude durchzusetzen. Der Senator hat dennoch bis heute nichts unternommen, sondern er hat die erheblichen Brandgefahren für die Anwohner billigend in Kauf genommen. Er ist damit mitverantwortlich für andauernde Gesetzlosigkeit und Ohnmacht des Rechtsstaates in der Causa Rigaer Straße 94.

Wir fordern den Senat deshalb dazu auf, unverzüglich im Rahmen seiner Bezirksaufsicht die Vorwürfe der vorsätzlichen Missachtung von Brandschutzmängeln in der Rigaer Straße 94 aufzuklären. Etwaige rechtswidrige bezirkliche Anordnungen und Weisungen sind rückgängig zu machen. Der Senat kann gemäß § 11 AZG rechtswidrige Beschlüsse und Anordnungen bezirklicher Organe aufheben und verlangen, dass getroffene Maßnahmen rückgängig gemacht werden. Es muss sichergestellt werden, dass geltende Brandschutzmaßnahmen in der Rigaer Straße 94 ordnungsgemäß durchgeführt werden können, um Leib und Leben sowohl der dortigen Be- und Anwohner, als auch von Einsatz- und Rettungskräften, die das Haus betreten wollen, zu schützen. Bei der Umsetzung der Brandschutzmaßnahmen ist polizeilicher Schutz gegen zu erwartende Gewalttätigkeiten von Seiten der Besetzer oder ihrem Umfeld zu gewähren.

Berlin, den 29. September 2020

Dregger Wansner
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU